

#GIDSstatement 6 / 2022

Stefan Bayer et al.

Neun Thesen zum Ukraine-Krieg

Welche Schlüsse und Konsequenzen schon jetzt aus dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezogen werden können

#GIDSstatement | Nr. 6 / 2022 | Juli 2022 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitiervorschlag:

Stefan Bayer et al., Neun Thesen zum Ukraine-Krieg. Welche Schlüsse und Konsequenzen schon jetzt aus dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezogen werden können, #GIDSstatement 6/2022, Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies

Führungsakademie der Bundeswehr

Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 8667 6801

buro@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Stefan Bayer, Sören Bernhardt, Sören Bock, Marie Fölger, Martin Hamm, Jerome Hartsuiker, Franziska Heinemann, Florian Henneke, Hendrik Hoppe, Nicolai Kreuzer, Burkhard Meißner, Tanja Merkl, Frank Neff, Severin Pleyer, Tobias Scheytt, Steven Scholz, Fabian Schroppe, Robert Stiller, Frank Weiske, Tobias Zernechel
| German Institute for Defence and Strategic Studies

Neun Thesen zum Ukraine-Krieg

Welche Schlüsse und Konsequenzen schon jetzt aus dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezogen werden können

Einleitung

In dem seit Ende Februar intensivierten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine („Spezial-Kriegsoperation Russlands in der Ukraine“: Военная спецоперация России на Украине bzw. „Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine“: спецоперация по денацификации и демилитаризации Украины), der als lokal begrenzter Krieg bereits 2014 zur Eroberung der Krim geführt hatte, und der seitdem in den Gebieten von Donezk und Luhansk mit großen Opfern geführt worden war, hat Russland Ende Februar 2022 zunächst versucht, in einer schnellen, am Ende aber erfolglosen Offensive die Hauptstadt einzunehmen, die Regierung zu stürzen und die Ukraine zu „demilitarisieren“ und „entnazifizieren“, wie es in der Sprache der russischen Propaganda heißt. Zur Zeit versucht die russische Armee von Osten und Süden größere Teile der Gebiete von Donezk und Luhansk sowie im Süden die Küste am Asowschen Meer und das Gebiet nördlich der Krim bis zum Lauf des Dnjepr zu erobern und zu unterwerfen.

Dieser an das Verhalten von Großmächten des 19. und 20. Jahrhunderts erinnernde Angriff und dessen in den letzten Wochen offenbar nicht planmäßiger Verlauf werfen Fragen auf: für die künftige Außenpolitik, für die Verteidigung des Westens und für die Maximen und Planungen künftigen militärischen Handelns im Allgemeinen. Auch wenn viele dieser Fragen zur Zeit so wenig abschließend zu beantworten sein werden wie die Frage nach Ausgang und Ergebnis des aktuellen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine selbst, so lassen sich nach unserer Auffassung einige Einsichten doch bereits jetzt absehen und thesenartig formulieren. Dies tun wir im Folgenden, gegliedert nach dem zeitlichen und sachlichen Verlauf des Konfliktes in Folgerungen aus dessen Voraussetzungen und Bedingungen, dessen Verlauf und wahrscheinlichen Folgen.

These 1: Militäroökonomisch lässt sich der Angriffskrieg Putins nur schwer erklären – Nutzen und Kosten für Russland stehen in einem krassen Missverhältnis.

Ökonomische Entscheidungen können in einem weiteren Sinne auf zweckrationale Abwägungen zurückgeführt werden, in denen der Barwert der erwarteten Kosten aus einer Entscheidung dem Barwert des erwarteten Nutzens gegenübergestellt wird. Dieses Kalkül berücksichtigt alle kriegsinduzierten Effekte und vergleicht diese zum Beginn der Kriegshandlungen – idealerweise also am 24. Februar 2022.

Für das autokratische System Putins dürfte ein Zweck seines Handelns im Erhalt des eigenen Regimes liegen. Nicht so sehr darin, dass eine in den Westen integrierte Ukraine vitale Sicherheitsinteressen Russlands verletzte, sondern dass ein sich nach Westen öffnendes, demokratisches Nachbarland und „Brudervolk“ für die russischländische Bevölkerung eine Alternative, ein Muster und einen Einflussfaktor darstellt, dürfte für dieses Regime eine große Gefahr darstellen. Darüber hinaus dürfte ein „Sieg“ im Kampf gegen angebliche Gemeinfeinde („Nazis“, „Genozid“) innenpolitisch von propagandistischem Wert sein. Möglicherweise hat das Regime im Interesse seines Machterhaltes den Verlust zehntausender Soldaten und Gefechtsfahrzeuge eingerechnet, diesen jedoch deutlich niedriger angesetzt als es in westlichen Ländern der Fall wäre. Wahrscheinlich hat es die Kosten der Sanktionen erwartet, wenn auch vielleicht in geringerer Höhe. Die bedeutenden Gold- und Dollarreserven sind ebenso ein Indiz hierfür wie die schon im Herbst 2021 auffällig geringen Füllstände deutscher Gasspeicher unter russischer Kontrolle. Sicher falsch eingeschätzt hat das russische Regime die Legitimität und Anerkennung der Regierung in Kiew, die ukrainische Verteidigungsbereitschaft und die Fähigkeiten aller beteiligten Truppen. Dies ergibt sich daraus, dass das Regime bereits am zweiten Tag des Krieges irrtümlicherweise eine später aus dem Netz genommene Siegesmeldung durch die Nachrichtenagentur RIA Novosti verbreiten ließ, die den schnellen Sieg, die Wiedervereinigung Russlands mit der Ukraine und das Ende der vermeintlich „westlichen“ Weltordnung feierte.¹ Dies ergibt sich aber auch daraus, dass die russischen Truppen nach großen Verlusten den Angriff auf Kiew abbrachen und sich nach sechs Wochen aus dem Norden der Ukraine zurückzogen.

Aus der Sicht Russlands als ein Staat im internationalen System stehen einem möglichen Zugewinn an Ressourcen und einer möglichen Schwächung des Westens militärische Gefahren und nahezu sichere ökonomische Verluste auf lange Zeit gegenüber. Diese Abwägungen beinhalteten folgenschwere Fehleinschätzungen.

Nicht aus der Perspektive Russlands als ein Staat dürfte die Entscheidung zu diesem Krieg als eine rational abgewogene verstanden werden können, sondern allenfalls aus der Perspektive des Regimes und seiner Selbsterhaltung. Allerdings stehen auch hier hohe Kosten sehr unwahrscheinlichen Erträgen gegenüber, die nur realisiert werden können, wenn die russische Öffentlichkeit die Spannung zwischen einer „Befreiung“ eines „Brudervolkes“ und dem erbarmungslosen Kampf gegen „Nazis“ sowie den vermeintlichen Völkermord nicht als den Widerspruch wahrnimmt, der er tatsächlich ist.

Der Rückzug der russischen Streitkräfte vor Kiew und deren Konzentration im Donbass zeigt jedoch, dass das russische Regime darum bemüht ist, aus der Situation zu lernen – unabhängig davon dürfte auch diese Entscheidung falsch sein, und die zahlreichen Opfer und großen Zerstörungen, die sich aus ihr ergeben, werden eine Katastrophe darstellen.

Grundsätzlich also sollte man Putin und seiner Regierung rationales Handeln unterstellen, also den Versuch, sich am wohlverstandenen, langfristigen Eigeninteresse zu orientieren. Nur unter dieser Voraussetzung darf man ja hoffen, irgendwie Russlands Handeln verstehen und ggf. beeinflussen zu können. Man wird der Regierung weiterhin neben dem Willen auch die Fähigkeit zu vernünftigem Kalkül unterstellen dürfen, neben den intellektuellen Kompetenzen auch das notwendige Maß an Affektkontrolle. Die militärökonomischen Aspekte des russischen Handelns müssen dabei aber stets aus der Perspektive des russischen Regimes gedacht werden und nicht in erster Linie aus westlicher Sicht. Allerdings dürften in die russischen Überlegungen erhebliche Falschwahrnehmungen und Fehleinschätzungen eingegangen sein. Es dürfte im

¹ Akopow 2022/Mayshev 2022.

westlichen Interesse liegen, sich über geeignete diplomatische und andere Kommunikationskanäle darum zu bemühen, auf die russischen Wahrnehmungen und Einschätzungen Einfluss zu nehmen. Ein intensiverer Austausch mit und eine bessere Kenntnis von Russland dürften in der nächsten Zeit und in den folgenden Jahren von großer Bedeutung werden.

Zur Zeit scheinen aus Sicht des Moskauer Regimes die Kosten einer Beendigung des begonnenen Angriffskrieges höher zu sein als die seiner Fortsetzung, weil ohne einen russischen „Sieg“ möglicherweise Existenz und Sicherheit des Regimes selbst auf dem Spiel stünden. Kurzfristig würden daran weder Waffenlieferungen noch Verschärfungen der Sanktionen viel ändern. Immerhin aber können Maßnahmen zur Maximierung der russischen Kosten – durch Lieferungen von Waffen, Flugzeugen und Munition sowie Sanktionen – ein wirksames Mittel darstellen, das russische Kalkül vielleicht in die Richtung einer Verhandlungslösung zu verschieben. Sehr viel mehr aber dürfte es für die Unterstützer der Ukraine, auch die Bundesregierung, darauf ankommen, den erwarteten Nutzen Russlands zumindest auf mittlere bis lange Sicht zu minimieren, um eine Fortsetzung des Krieges in der Ukraine und dessen Ausweitung über die Ukraine hinaus unwahrscheinlicher zu machen. Dafür wird es auf ein kluges, konsequenteres, nachhaltiges und durchhaltefähiges Sanktionsregime ankommen und darauf, künftig gegenüber Russland – als einem Lieferanten von natürlichen Ressourcen wie als Absatzmarkt – eine distanziertere und weniger auf Hoffnungen als auf Reziprozität gegründete Politik zu betreiben und diese auch klar und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen.

These 2: Deutschlands Politik hat im letzten Jahrzehnt (Energiepolitik, Verweigerung von Waffenlieferungen, Politik gegenüber der Ukraine und Russland) die sozialen und kulturellen Voraussetzungen des Konfliktes nicht verstanden und deshalb nicht zur Verhinderung eines Krieges, sondern zu dessen höherer Wahrscheinlichkeit beigetragen.

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik war spätestens seit 2008 mit einer immer deutlicher aggressiven und expansionistischen Rhetorik und Politik der russischen Führung konfrontiert. Anfang April 2008 sprach der russische Präsident Wladimir Putin, kurz vor dem Ende seiner Amtszeit als Präsident der Russischen Föderation, auf dem NATO-Gipfel in Bukarest in seiner Rede der Ukraine das Existenzrecht ab: Ein Drittel der Ukrainer seien ethnische Russen, und die Krim sei russisches Gebiet.² Diese Rede wurde schon damals als Ankündigung eines Krieges um die Ukraine interpretiert. Mitte April desselben Jahres gab Russland seinen Beziehungen zu den abchasischen Separatisten eine feste rechtliche Grundlage und bereitete in den folgenden Monaten den kurzen Krieg vor, den im Sommer dann die provozierte georgische Regierung vom Zaun brach. Die NATO hatte im selben Jahr der Ukraine auf dem NATO-Gipfel von Bukarest eine Beitrittsperspektive eröffnet.³ Nicht zuletzt deutsche Einwände gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine verhinderten, dass daraus ein Beitritt wurde. 2014 eroberte Russland die Krim und griff Donezker und Luhansker Gebiete an – seit dieser Zeit tobt hier ein regionaler Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Deutschland und Frankreich haben danach erfolglos Elemente eines Waffenstillstands- und eines Friedensvertrages als „Minsker“ Abkommen miteinander verbinden wollen.⁴

² UNIAN 2008.

³ NATO 2008.

⁴ Handelsblatt online 2015. Die Verbindung von Verabredungen über einen Waffenstillstand, einen

Frieden wurde weder dadurch noch durch die zurückhaltenden Sanktionen erreicht, die in den Folgejahren gegen Russland verhängt wurden. Diese verhinderten nicht, dass Deutschland nur ein Jahr nach diesem Krieg mit Russland das Projekt der Pipeline „Nord Stream 2“ auflegte, das das Verhältnis Deutschlands zur Ukraine und zu zahlreichen seiner NATO-Partnern in den letzten Jahren nachhaltig belastet hat – im Namen einer „multilateralen“ Außenpolitik.⁵ Gegenüber einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO oder der EU wie auch gegenüber den meisten Formen einer Zusammenarbeit und gegenüber der Kritik an dem Pipeline-Projekt zeigte sich Deutschland seit diesen Jahren sehr reserviert. Anders als etwa die USA lieferte Deutschland keine Waffen, auch nicht, als 2021 der Aufmarsch Russlands gegen die Ukraine unübersehbar geworden war, und bis heute ist die deutsche Regierung zurückhaltender als viele der NATO-Partner gegenüber einer Unterstützung des Landes mit Waffen und Gerät. Deutschlands Politik hat die Bemühungen um Abschreckung eines erneuten Angriffes Russlands gegen die Ukraine, wie sie v. a. die USA und die NATO-Partner im Osten Europas unternommen haben, lange Zeit nicht unterstützt. Es hat den Grad der Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Positionen innerhalb der NATO über Fragen der Ukraine für lange Jahre nicht klein, sondern markant sein lassen. Einen Beitrag zur Verringerung der Wahrscheinlichkeit eines Angriffes hat Deutschland insofern nicht geleistet, sondern v. a. wirtschaftliche Interessen verfolgt.

In Deutschland wurde das zunehmend aggressive Vorgehen Russlands weitgehend ausgeblendet, obwohl die expansiven Absichten und die propagandistische Rhetorik der russischen Führung allgemein bekannt waren.⁶

Gerechtfertigte Warnungen und handfeste Erfahrungen westlicher und osteuropäischer Partner wurden als vermeintlich unberechtigt abgetan. Dabei prägten die deutsche Politik und Wirtschaft das Narrativ, die frühere Blockkonfrontation überwunden zu haben und besondere historische Verbindungen in den Osten zu pflegen. Dabei hat Deutschland maßgeblich dazu beigetragen, dass die westliche Staatengemeinschaft mit der Ukraine indifferenter umging als mit dem größeren Russland.

Dass die westlich orientierte Ukraine auf keine eindeutige Unterstützung zählen durfte, wird zur Eskalation Russlands in der europäischen Peripherie beigetragen haben, und über die weitere Entwicklung in der Ukraine und in Europa insgesamt wird der Grad an Entschlossenheit mit entscheidend sein, zu dem Europa, der Westen und v. a. auch Deutschland künftig bereit und in der Lage sind.

Den Wandel in der Struktur der Öffentlichkeit Russlands hin zu einem Meinungsmonopol der Regierung, die expansionistische großrussische und in Teilen

Abzug von Waffen und Gefangenenaustausch, wie sie für einen Waffenstillstandsvertrag typisch sind, mit Verabredungen über Grenzkontrollen, Lokalwahlen und Verfassungsreformen, wie sie in Friedensverträgen üblicherweise vorgesehen sind, ist staatsvertragstechnisch ungeschickt, weil Verabredungen mit derartig unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven wie Verfassungsreformen einerseits und Truppenrückzügen andererseits nicht nach einer Zug-um-Zug-Logik mit gleicher Verbindlichkeit eingelöst werden können, und weil in der Folge die fehlende Bereitschaft zur Einhaltung der langfristigen Verpflichtungen die zur Erfüllung der kurzfristigen unterminieren würde und umgekehrt. Der Minsker Vertrag war daher eine Fehlkonstruktion. Die sog. Steinmeier-Formel, die diese verschiedenen zeitlichen Perspektiven von Lokalwahlen im Donbass mit der Verabschiedung neuer regionaler Autonomiestatute verbinden wollte (provisorische Inkraftsetzung der Statute, Wahlen in dem russisch kontrollierten Gebiet, internationale Überprüfung der Fairness dieser Wahlen, endgültige Inkraftsetzung der Statute) ist von den Beteiligten nie als Behebung der grundsätzlichen Fehler dieser Konstruktion akzeptiert worden und wird bis heute in der Ukraine als Teil eines Täuschungsmanövers interpretiert.

⁵ Vgl. Energie Vision.

⁶ Schmid 2016.

panslawistische Propaganda auch auf dem Balkan, die Lenkung großer Teile seines Bruttosozialproduktes in Rüstungsanstrengungen, gegenüber der Ukraine erkennbar feindliche Propaganda und Aktivitäten, das Ausbleiben einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft Russlands: Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hätte im Stande sein sollen, diese sozialen und kulturellen Vorboten eines sich anbahnenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine beizeiten zu erkennen

Spätestens seit dem zweiten Tschetschenienkrieg und bis zu Russlands Intervention in Syrien zeichnete sich der russische Expansionismus deutlich ab. Selbst manifeste Verstöße gegen zwischenstaatliche Abkommen und Willenserklärungen wie das Budapester Memorandum, dem zufolge Russland sich verpflichtete, die territoriale Integrität der Ukraine zu garantieren im Austausch dafür, dass diese 1994 auf ihre Nuklearwaffen verzichtete,⁷ haben keine wirkliche Änderung der deutschen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik gegenüber Russland veranlasst, haben nicht zu schmerzhaften Konsequenzen für Russlands Rechtsbrüche geführt und nicht dazu, dass Deutschland seine gegenüber den Partnern in EU und NATO nur geringe Rücksicht nehmende Politik geändert hätte. Das Unentschiedene dieser Politik⁸ ließ erwarten, dass nach den Erfahrungen von 2008 und 2014 auch bei einem weiteren Versuch Russlands in ein Land einzumarschieren, keine deutliche Reaktion des Westens und insbesondere Deutschlands zu befürchten sein würde.

Gezeigt hat sich, dass eine „multilaterale“ Außenpolitik mit wenig Rücksicht auf die Partner in Ostmitteleuropa, der Verzicht auf Waffenlieferungen an die Ukraine im Vorfeld des Krieges, die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit und die Ambivalenz gegenüber der Ukraine, von denen man sich einen Zugang zu Russland und vielleicht eine befriedende Wirkung erwartet hatte („Wandel durch Handel“), diese befriedende Funktion nicht haben konnten.

These 3: Die größte Barriere für Anpassungen an ein sich änderndes Umfeld (organisationales Lernen) ist die Unfähigkeit zu „entlernen“. Das mentale Kreisen um Selbstverständnis, Tradition, Mindsets und Vorschriften – das gesamte organisationale Gedächtnis – in der Bundeswehr und darüber hinaus beförderten nicht nur nicht, sondern verstellten den Blick auf das strategisch Bedeutsame.

Die im gesellschaftlichen Diskurs in den vergangenen Jahren zunehmend marginalisierten Streitkräfte haben es versäumt, aktiv und sachlich in die Beratung strategischer Fragen einzugreifen. Sie haben sich mit einem Schattendasein im Außenverhältnis der öffentlichen Wahrnehmung wohl abgefunden und sich im Binnenverhältnis auf den Ausbau ihrer Bürokratie und von deren Regelwerk (Beschaffungs-, Vergabe- und Vertragsrecht) konzentriert. Die hier angedeuteten formalen und formalrechtlichen Aspekte bestimmten daher noch in den letzten Wochen in deutlich erkennbarer Weise die Auseinandersetzungen darüber, was an Waffen und Material der Ukraine geliefert werden könnte, welche Garantien und Sicherheiten für die Benutzung dieses Materials gegeben werden könnten, welche Listen und Formulare dafür einschlägig seien, welche Vorschriften für Bevorratungen und Lagerungszeiten

⁷ UN 1994.

⁸ Es heißt im Protokoll des Bukarester NATO-Gipfels, dass die Ukraine Mitglied der NATO werden solle, doch u.a. Deutschland bremste diese Entwicklung erkennbar. Die Sanktionen gegenüber Russland blieben sehr eingeschränkt, Deutschland intensivierte seine Energiezusammenarbeit mit Russland auch nach dem Krieg von 2014.

gelten usw. Der Bundeswehr als Organisation fällt es in der gegenwärtigen Lage erkennbar noch schwer (wie wohl auch der gesamten bundesrepublikanischen Gesellschaft), sich in ihrer Orientierung, ihrem Sprechen, Denken und Organisieren auf die vielbeschworene „Zeitenwende“ einzustellen. Hierzu werden sich die Gesellschaft, das Militär und deren Diskurs wohl tiefgreifend wandeln müssen. Und dazu gehört es sicherlich auch, den in Friedenszeiten aufgebauten Militärbürokratismus auf ein funktionaleres Maß zurückzustutzen und in der Bundeswehr organisationales Entlernen zu praktizieren, um die Zeitenwende an Bedarfen ausgerichtet gestalten zu können.

Die Bundesrepublik, ihre Gesellschaft und ihr Staat, sollten ihre eigenen militärischen Experten anhören und deren Urteil vertrauen. Umgekehrt sollten die Streitkräfte ohne formalistische Scheu und ohne Angst vor Erregungsgefahren den lange intern geforderten Schritt in die Öffentlichkeit auch wirklich vollziehen. Streitkräfte, die sich der „Inneren Führung“ und „Auftragstaktik“ verpflichtet sehen, sollten auch als Teil des politischen Systems und der publizistischen Öffentlichkeit bestehen können. Hier gilt es tatsächlich, Hemmungen zu „entlernen“ und Sprachkompetenzen zu erlernen.

These 4: Der Krieg wird beiderseits nicht nur mit regulärem, insbesondere professionellem Militär, sondern auch mit Wehrpflichtigen und seitens der Ukraine mit Freiwilligen und ziviler Verteidigung in einer Art Volkskrieg geführt: Über total defence sollten wir nachdenken und dafür kulturelles Wissen über die Welt, mögliche Akteure sowie Risiken/Bedrohungen erwerben.

Mit dem Phänomen des Volkskrieges hat sich bereits Clausewitz im Anschluss an die vernichtende Niederlage der Preußischen Armee gegen das Heer Napoleons auseinandergesetzt. Clausewitz stellt die Volksbewaffnung als eine bestimmte Form des Verteidigungskrieges dar.⁹ Auch im Krieg Russlands gegen die Ukraine greifen die ukrainischen Verteidiger zum Ausgleich der technischen und zahlenmäßigen Unterlegenheit ihres regulären Militärs auch zu Mitteln des Volkskrieges. Ihnen steht eine zahlenmäßig und technisch überlegene Armee eines Landes gegenüber, das sie zu unterwerfen beabsichtigt. Wie im Falle der Napoleonischen Kriege sind damit Gefahren der entgrenzten Gewalt und der Gräueltaten verbunden.

Auf Seiten der ukrainischen Verteidiger ist eine breite Mehrheit der Bevölkerung zum Widerstand und zum Kampf gegen die Invasoren bereit. Die Ausrufung des Kriegsrechts und das Verbot für unter 60-jährige Männer, das Land zu verlassen, zusammen mit den Erfahrungen des Krieges im Osten des Landes seit acht Jahren, katalysierten eine Entwicklung hin zur *total defence*.

Der Beginn der russischen Invasion in der Ukraine und die Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022 mit der Ankündigung einer Erhöhung des Militärhaushalts sowie der Bereitstellung eines 100 Milliarden umfassenden Schuldenvolumens zur Kompensation bestehender Investitionsdefizite der Bundeswehr, zusammen mit einer erkennbar anderen Perzeption der Bedrohung durch Russland, dürften das Bewusstsein für die Bedeutung der Verteidigung auch in Deutschland in weiten Kreisen der Gesellschaft gesteigert haben. Das Beispiel der ukrainischen Verteidigung gegen den russischen Angriff sollte dabei Anlass sein, über den Nutzen einer Gesamtverteidigung – der Raumverteidigung, einer das Zivile und

⁹ Clausewitz 1980 [1832]: Buch VI Kap. 26; Müller 2021: Kap. 10.

Militärische verbindenden Verteidigung – aber auch über die den Konflikt entgrenzenden Aspekte durch ein solches Vorgehen nachzudenken.¹⁰

Weiterhin zeigen sich am Beispiel des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland und am Verlauf des Krieges zwischen beiden, dass es für die Bundeswehr nützlich sein wird, mehr Wissen über Kultur, Einstellungen, Haltungen und Situation in den Ländern der Welt, insbesondere des östlichen Europa, zu erwerben. Weder von den Problemen der russischen Armee, noch von dem Willen und den Fähigkeiten der ukrainischen Gesellschaft und ihrer Armee zur erfolgreichen Verteidigung hatten Verteidigungsexperten am Anfang des Krieges offenbar eine korrekte Vorstellung. Gerade in der scheinbaren Sicherheit, aus mitteleuropäischer Perspektive, auf andere Kulturen, Systeme und Verhaltensformen projiziert werden, liegt eine große Gefahr von Fehleinschätzungen und falschen Urteilen begründet. Kulturen, Sprachen und Literaturen der Welt sollten auch eine größere Rolle in der Ausbildung der Offiziere spielen. Eine Professur für osteuropäische Geschichte wird kaum zur regionalgeschichtlichen und kulturellen Orientierung der Bundeswehr in einer globalen Konfliktwelt ausreichen. Arabische, asiatische, afrikanische und südamerikanische Kulturen, Sprachen, Systeme und Entwicklungen sollten mindestens ebenso kompetent studiert und erforscht werden können – eine kleine Investition in unsere Sicherheit in der Welt verglichen mit dem Aufwand, der für Betriebswirtschaft und Technik getrieben wird.

These 5: Die durch den Krieg induzierte Gemeinsamkeit im Handeln der Europäer ist bemerkenswert – eine Steigerung der Handlungsfähigkeit Europas und der Europäischen Union (EU) bleibt allerdings trotz strategischen Kompasses mindestens im Nebel: Europäische (Sicherheits-)Politik bedeutet weiterhin die Koordination von Einzelstaaten, um gegebene Interessendivergenzen auszuloten und Handlungskonvergenzen erreichen zu können. Führung in Europa bzw. durch die EU bleibt hiervon abhängig.

Der Grad der Einigkeit „des Westens“, insbesondere Europas, schwankte im Verlauf der Krise erheblich, wurde aber lange Zeit offenbar von Russland als gering oder zumindest wenig absehbar eingeschätzt. Nach dem Angriff Russlands wurden diese Einigkeit und Geschlossenheit mit hoher Geschwindigkeit erheblich größer – völlig anders, als nach der Annexion der Krim 2014. Die EU trat als Akteur wahrnehmbar in Erscheinung, einerseits durch die Europäische Kommission, andererseits als Organisator und Makler einzelstaatlicher Unterstützung für die Ukraine. Das überraschte sicherlich auch Putin – die einheitliche Front Europas gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine kann bislang als eine seiner größten Fehleinschätzungen vor dem Krieg interpretiert werden.

Im Blick auf eine kohärente Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU war der Schulterschluss der Europäer gegenüber dem russischen Aggressor jedoch eher extrinsisch als intrinsisch motiviert. Dies wird derzeit etwa im europäischen Ringen um weitere Sanktionen beim Kohle-, Öl- und Gasimport nach Europa deutlich und bei der Frage, wie Europa mit dem Aussetzen der Gaslieferungen gegenüber Polen und Bulgarien umgeht. Zudem ist bei Sanktionen stets zu befürchten, dass diese umgangen werden. Dafür gibt es in der jüngeren Vergangenheit Indizien, auch aus Kreisen der europäischen Mitgliedsländer. Im Verlauf des Krieges, den die Ukraine länger und erfolgreicher führt als von vielen erwartet, werden nunmehr die Unterschiede der

¹⁰ Spannocchi/Brossolet 1977; Afheldt 1976.

Positionen der einzelnen EU-Staaten wieder sichtbar. Europas „Strategischer Kompass“ dürfte vor diesem Hintergrund eher eine Absichtserklärung der Mitgliedstaaten sein als ein politisches Programm, das der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Richtung geben soll. Aber aufgrund des intergouvernementalen Charakters des Strategischen Kompasses muss befürchtet werden, dass die Einigkeit Europas bei reduziertem äußerem Druck (der regelmäßig bereits durch das Andauern bestehender Ausnahmezustände beobachtet werden kann) zurückgehen könnte, was Putin mittelfristig in die Karten spielen könnte. Eine solche Situation sollte die europäische Politik gegenüber Putin vermeiden und diese Gefahr im Auge behalten, damit diese eventuelle Schwäche nicht ausgenutzt wird. Der Aggressor selbst testet Europa stets aufs Neue durch selektives Aussetzen der Gaslieferungen an ausgewählte EU-Mitgliedsländer.

These 6: Der Verlauf des Krieges belegt die entscheidende Rolle verteilter und lateraler Wissensmobilisierung und -verwertung, die auch die Grenzen der Streitkräfte überschreitet und andere Akteure einbezieht. Ein statisches, monolithisches Verständnis von Führung steht Formen multipolarer Willensbildung und offener Informationspolitik entgegen.

Der Verlauf des Krieges belegt die entscheidende Rolle verteilter und lateraler, nicht nur entlang den Linien hierarchischer Über- oder Unterordnung geschehender Wissensmobilisierung, die auch die Grenzen der Streitkräfte überschreitet und andere Akteure und Systeme mit einbezieht. Beispiele hierfür sind der Aufruf der ukrainischen Regierung an die eigene Bevölkerung, Molotow-Cocktails herzustellen und zur Verteidigung zu nutzen¹¹ oder die Aktivitäten des Hackerkollektivs Anonymous, welches sich laut Twitter offiziell im Krieg mit der russischen Regierung befindet und Cyberangriffe z. B. gegen das russische Verteidigungsministerium durchführte.¹² Auch die Drohnen-Fans, die die Gruppe Aerozvidka gegründet haben, um die Armee, insbesondere die Artillerie, mit Daten zu unterstützen, bieten ein Beispiel solcher lateraler Wissensmobilisierung; man hat die Gruppe sogar als „war startup“ bezeichnet.¹³ In vielen solchen Fällen liefert gerade das Internet Möglichkeiten zur Mobilisierung, Vernetzung, Abstimmung und zum Wissenstransfer. Dabei ist die Bereitstellung der Information an keine staatliche Kontrolle geknüpft.

Wenngleich selbstorganisierte Angriffe auf und Verteidigung gegen russische Streitkräfte bzw. den russischen Staat die Diskussion über einen rechtlichen Kombattantenstatus provozieren, stehen diese Akteure nicht alle unter direkter Führung des ukrainischen Militärs. Gerade auf Anonymous – per Selbstdefinition kein einzelner oder bestimmbarer Akteur – kann die ukrainische Regierung keine Lenkungsfunktion ausüben oder die Aktivitäten koordinieren. Nichtsdestotrotz entfaltet der Akteur Wirkung, welche im Einklang mit staatlichen ukrainischen Zielen stehen kann; zumindest im Informationsumfeld.

Die in der Ukraine beobachtbaren Phänomene stellen ein hierarchisches und auf eindeutig definierten und institutionell etablierten Strukturen basierendes Verständnis der Führung von Streitkräften auf die Probe. Die Zusammenarbeit mit Akteuren, welche nicht direkt befehligt oder eingeplant werden, deren Wirkung nicht kontrolliert und von

¹¹ Euronews 2022.

¹² Milmo 2022.

¹³ Tucker 2015.

deren Zielsetzung die Streitkräfte allenfalls hoffen können, dass diese mit der eigenen übereinstimmt, birgt ein hohes Risiko. Dennoch wird der Nutzen durch die ukrainische Regierung als vorteilhaft bewertet und der Spagat gewagt.

Eine Folgerung für die Bundeswehr sollte darin liegen, jetzt den Umgang mit Formen multipolarer Willensbildung und offener Informationspolitik zu diskutieren und ggf. Best Practices zu etablieren. Eine Ansatzmöglichkeit ist, neben der Auswertung der ukrainischen Vorgehensweise, Amtshilfeeinsätze auf Zusammenarbeitsbeziehungen mit der Bevölkerung und zivilen Organisationen zu untersuchen. Außerdem sollten die Führungsstrukturen von *Insurgencies* untersucht werden, da diese ebenfalls üblicherweise auf laterale Wissensmobilisierung und das Medium Internet setzen und nicht immer eine hierarchische Führungsorganisation besitzen.

Weiterhin sollte die Bundeswehr Formen der Kommunikation strategischer Ziele entwickeln, die nicht-geführten Akteuren erlauben, im Einklang mit eben diesen zu handeln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine zu offene Kommunikation das Erreichen dieser Ziele, besonders auf taktischer und operativer Ebene, auch gefährden kann.

These 7: Russland hat den Krieg strategisch verloren; dessen ökonomische Folgen werden zum großen Teil von den Europäern getragen werden müssen.

Erklärtermaßen beabsichtigte der russische Präsident Putin einen NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern, einen Regimewechsel herbeizuführen („Entnazifizierung“) und dafür die Hauptstadt Kiew einzunehmen, die Ukraine zu „demilitarisieren“ und eine Landbrücke zwischen dem Donbass und der Krim zu etablieren. Der ursprüngliche russische Plan sah sogar vor, dass die russischen Truppen hätten als Befreier begrüßt werden sollen, schnell Kiew hätten einnehmen und schon nach zwei Tagen der Welt eine neue Weltordnung hätten präsentieren sollen. So nämlich hat es eine fälschlich am 26. Februar 2022 von RIA Novosti veröffentlichte Siegesmeldung verkündet.¹⁴

Einen Beitritt zur NATO hat die Ukraine seit 2008 (NATO-Gipfel von Bukarest) angestrebt; dem jedoch einflussreiche NATO-Staaten, darunter Deutschland, entgegengetreten sind. Dieser Beitritt scheint daher schon länger etwas in die Ferne gerückt zu sein, obwohl die ukrainische Verfassung einen NATO-Beitritt ausdrücklich vorsieht. Dennoch wird man nicht davon sprechen können, dass Russland diesen Beitritt und die Integration der Ukraine in den Westen durch seinen Krieg strategisch verhindert hätte. Dies hatten eher die Entscheidung des NATO-Gipfels von Bukarest von 2008 und das Festhalten an dieser auch nach 2014, d. h. die Ukraine trotz ihrer Bedrohung nicht in die NATO aufzunehmen sowie die Nichtaufnahme in die EU bereits bewirkt. Einen *regime change* wird Russland in der Ukraine kaum erreichen können. In dieser Hinsicht ist von einer strategischen Niederlage Russlands auszugehen, denn ein solcher *regime change* erscheint mittlerweile sogar unrealistischer als noch vor Beginn des Krieges. Außerdem ist der Angriff auf Kiew, der ihn herbeiführen sollte, gescheitert und wurde von Russland eingestandenermaßen abgebrochen.¹⁵

Doch die Voraussetzungen der russischen Strategie, die vermeintliche Illegitimität der Regierung in Kiew, die grundsätzliche Zerstrittenheit des „kollektiven Westens“ und die unzureichenden Fähigkeiten der ukrainischen Armee, waren nicht zutreffend. In dieser Hinsicht kann Russland seine entscheidenden strategischen Ziele – eine rasche

¹⁴ S.o. Fn. 1.

¹⁵ Watling/Reynolds 2022.

Einnahme Kiews und einen Ersatz der Regierung – nicht mehr erreichen und hat insofern strategisch den Krieg verloren.

Putins Russland wird versuchen, jedes Ergebnis des Krieges als einen Sieg propagandistisch darzustellen und sich auch auf internationaler Bühne stets eine Befreiung der russischen Minderheiten im Donbass und im Gebiet von Luhansk zugutehalten.

Russland wird, auf welche Weise auch immer der Krieg beendet werden wird, mit seiner schwachen Wirtschaft kaum in der Lage sein, den durch den Krieg angerichteten Schaden zu beheben und die Ukraine wiederaufzubauen. Es dürfte aber im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse der Europäer sein, diesen Wiederaufbau maßgeblich voranzubringen und eine wiederaufgebaute Ukraine fest in die internationalen Wertschöpfungsketten zu integrieren; womöglich nach der Art des US-amerikanischen Marshallplans nach dem Zweiten Weltkrieg. Es dürfte ebenfalls im europäischen Interesse sein, die Ukraine eng an die EU heranzuführen und einen möglichen chinesischen Einfluss nicht übermächtig werden zu lassen.

These 8: Eine Nachkriegsordnung ohne Putin ist schwer vorstellbar. Darüber jetzt bereits nachzudenken, stellt eine zentrale strategische Aufgabe dar.

„Der Westen“ muss sich Gedanken machen, wie mit Russland in mittlerer Zukunft umzugehen sein wird. Dabei stehen neben fantastischen Szenarien, die einen „Tyrammenmord“ und eine irgend geartete Restitution der Sicherheitsordnung in Osteuropa herbeisehen, auch solche, die voraussetzen, dass in Russland weiterhin Wladimir Putin oder ein vergleichbarer, seinem System zuzurechnender Sympathisant autoritär regiert. Modifikationen sind ebenfalls möglich.

Die Berichterstattung der letzten Wochen behandelt den Krieg personalisiert; apostrophiert wird dieser als „Putins Krieg“ (Bundeskanzler Scholz), Putin als „Kriegsverbrecher“ (US-Präsident Biden). Sowohl für hinreichend offene gedankliche Konzeptionen einer möglichen russischen Zukunft als auch für den künftigen Umgang mit Russland und seiner Gesellschaft dürfte es hilfreich sein, diese Personalisierung zu begrenzen. Der Krieg ist nicht allein ein Projekt des russischen Präsidenten Putin, sondern auch des Militärs und des Sicherheitsapparates, der Putin tragenden Partei „Einiges Russland“ (Единая Россия), der ihn unterstützenden Publizisten und Journalisten.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, in diesen Gruppen und den Eliten Russlands zielgerichtet Einfallstore und Kommunikationskanäle zu identifizieren, da ja ein revolutionärer Umsturz des russischen Machtapparates eher unwahrscheinlich sein dürfte, und sich mögliche künftige Gesprächspartner vor allem aus diesem Apparat rekrutieren müssen. Viel wird davon abhängen, wie stark jene Akteure mit der Zeit selbst wieder mit Europa und den Vereinigten Staaten kommunizieren wollen. Nicht zuletzt wird die Frage, wie ein autoritäres und nur begrenzt innovatives Russland mit der Aufgabe seines eigenen wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufbaus umgehen wird, über mögliche Kooperationen entscheiden. Deutlicher aber als bisher sollten Prinzipien der Reziprozität, Egalität, Nachprüfbarkeit und Plausibilität die künftigen Beziehungen regeln.

Unabhängig davon, wieviel Kooperation und Handel künftig als zweckmäßig und wieviel Abgrenzung von Russland als erlaubt oder geboten angesehen werden: Die Beurteilung dieser Frage sollte künftig verstärkt als bisher, von den NATO-Partnern, den Europäern, den Nachbarn Deutschlands und Deutschland gemeinsam entschieden werden. Dass insbesondere Deutschland sich unter dem Namen einer „multilateralen“

Außenpolitik seit spätestens 2014 konsequent gegen die erklärten Interessen seiner Nachbarn und Verbündeten entschieden hat, hat die NATO geschwächt, die Lage dieser Nachbarn prekär werden lassen und die Ukraine zusätzlich bedroht, die seit 2014 in ihrem Dauerkrieg mit Russland kaum Unterstützung erhielt. Deutschland hat in dieser Zeit seine partikularen wirtschaftlichen Interessen vor den Interessen, den Einsichten und den Erfahrungen von den Russland unmittelbar benachbarten Bündnispartnern rangieren lassen. Künftig sollte Deutschland demgegenüber darauf achten, sein Verhältnis zu Russland gemeinschaftlich mit seinen Nachbarn und Bündnispartnern zu artikulieren. Wichtiger als die Frage, wie viel wirtschaftliche Kooperation mit Russland angemessen ist, dürfte die Frage werden, wie durch wirtschaftliche Kooperation die Ukraine wiederaufgebaut und als Teil westlicher Wertschöpfungsketten funktionsfähig werden kann.

Diese Gemeinsamkeit von NATO und EU dürfte auch am besten gegen das Erstarken aggressiver autokratischer Systeme mit globalem Sendungsbewusstsein und erklärter Gegnerschaft zu einer demokratischen Ordnung helfen; anzustreben sein dürfte dabei eine Kodifizierung eines gemeinsamen außenpolitischen Wertekataloges und der Bereitschaft, diesen durch- und umzusetzen.

These 9: Der Krieg ändert die Wahrnehmung von Streitkräften seitens Politik und Gesellschaft. Streitkräfte müssen lernen damit umzugehen, dass sie einer nunmehr aufmerksamen, wohlwollenden und unterstützenden Öffentlichkeit gegenüberstehen.

Eine weithin geteilte Voraussetzung der deutschen Außenpolitik in der Zeit nach der Wiedervereinigung bestand in einem Friedensaxiom: der Annahme, dass der Aufbau und Erhalt einer regelbasierten Ordnung ebenso wie die Lösung zwischenstaatlicher Konflikte mit diplomatischen Mitteln allein gewährleistet werden könnten. In begrenztem Umfang bediente der Westen sich zur Durchsetzung eigener Ansprüche auch wirtschaftlicher Macht (Sanktionen) und beschränkte den Einsatz und die Androhung militärischer Gewalt auf Fälle humanitärer Katastrophenbewältigung und des vermeintlichen *state building*. Dass jenes Axiom fehlerhaft und vereinfachend ist, dürfte seit dem Beginn des Ukraine-Krieges auch in der deutschen Öffentlichkeit zur Gewissheit geworden sein. Der geringen Rolle, die eine jenem Axiom verpflichtete Politik dem Militärischen einräumte, entsprachen die Unterfinanzierung und geringe Wertschätzung des und der Militärs. Der plötzlichen Einsicht in den konstitutiven Charakter militärischer Sicherheit für unsere staatliche und gesellschaftliche Sicherheit entsprechen nun aber steigende Ausgaben, gesteigertes Interesse, größeres Wohlwollen und deutlichere Anerkennung für beide.

Dem fehlenden Interesse von Staat und Gesellschaft an Militär und Bundeswehr entsprach, dass letztere auf die Fähigkeit weitgehend verzichtete, ein solches irgendwie zu befriedigen. „Strategische Kommunikation“ hieß im Blick auf die deutsche Gesellschaft aus Sicht der Bundeswehr: Nachwuchswerbung und Reklame. Als dialog-, begründungs- und argumentationsfähig und -bereit zeigt sich die Bundeswehr weder nach außen noch nach innen, sondern deutlicher abgeschlossen und abgeschottet als zu Zeiten der Wehrpflicht. Die jetzige Lage in der Ukraine hat über die Medien eine breit angelegte Debatte zur Rolle und Notwendigkeit der Bundeswehr entfacht, an der auffällig viele ehemalige und auffällig wenige aktive Offiziere und Soldaten bestimmend teilnehmen.

Die zunehmende mediale Präsenz der Bundeswehr sollte aber als Chance verstanden werden, trotz der Abschaffung der Wehrpflicht ein integraler Teil der Gesellschaft zu

werden. Dafür bedarf es der Debattierfähigkeit und -bereitschaft der Bundeswehr und ihrer Angehörigen. Die Bundeswehr muss zuhören, nachdenken, reden, argumentieren und darstellen lernen.

Ausblick

Auf Deutschland und die Bundeswehr kommen erhebliche Veränderungen zu. Nicht nur Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden große Lern- und Anpassungsbereitschaft sowie -fähigkeit entwickeln müssen. Dies wird Politik und Gesellschaft näher an Militär und Bundeswehr sowie deren Probleme heranzuführen, aber auch umgekehrt: Die Bundeswehr wird sich in Gesellschaft, Politik und Publizistik deutlicher artikulieren und intensiver zuhören, zugleich aber Fragen der Kriegführung und Kriegsverhütung umfassend neu durchdenken, planen und erklären müssen.

Dies wird größere Anstrengungen und einen Wandel der Kommunikationskultur in der Bundeswehr erfordern: Offenheit statt der verbreiteten Abschließung und Fremdheit gegenüber politischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Diskursen; an die Stelle des in der Bundeswehr verbreiteten bürokratiebedingten Formalismus der Absicherung müssten Mut, Innovationsfreude und die Freiheit des Denkens und Redens treten.

Die Universitäten der Bundeswehr könnten und sollten Motoren dieser Entwicklung werden: Sie sollten Studiengänge entwickeln, die wissenschaftlich die Konfliktregionen der Welt des 21. Jahrhunderts behandeln: Afrikanistik, Slawistik und Osteuropakunde, Südamerikanistik, Asienstudien usw. Sie sollten in Forschung und Lehre KI, Drohnen und Roboter intensiv thematisieren und die Technologien deutlicher als bisher in ihren sozialen, wirtschaftlichen, politischen und historischen Bezügen studieren: als kulturelle Praktiken.

Ohne Offenheit und Freiheit wird dieser Kulturwandel der Bundeswehr, der für eine Hinwendung auf die absehbaren Bedrohungen der nächsten Jahrzehnte notwendig ist, kaum gelingen. Symbolisch gesagt: Eine Bundeswehr, die Anteil nimmt an der Entwicklung und die sich beteiligt an Debatten über und Überlegungen zu Frieden, Sicherheit, Verteidigung und Rüstung, sollte dafür kaum ihre Universitäten wie Kasernen behandeln und als „militärische Sicherheitsbereiche“ von der Gesellschaft abschotten.

Literaturverzeichnis

- Afheldt, Horst (1976): Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln, Hanser: München.
- Akopow, Pjotr (2022): Das Hereinbrechen Russlands und einer Neuen Welt, in: RIA Novosti vom 26.02.2022 [Original: Петр Акопов, Наступление России и нового мира - РИА Новости, 26.02.2022], <https://web.archive.org/web/20220226051154/https://ria.ru/20220226/rossiya-1775162336.html/>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Clausewitz, Carl von (1980 [1832]): Vom Kriege: Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz: Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band, 19. Aufl., Bonn: Dümmler.
- Energie Vision (2015): OVM unterzeichnet Gesellschaftsvertrag für Nord Stream 2-Projekt für Gaspipeline, 01.09.2015, <https://www.energievision.com/omv-unterzeichnet-gesellschaftsvertrag-fuer-nord-stream-2-projekt/>, zuletzt aufge-

- rufen am 07.07.2022.
- Euronews (2022): Krieg in der Ukraine: Auch Kinder produzieren Molotow-Cocktails, 02.03.2022, <https://de.euronews.com/2022/03/02/krieg-in-der-ukraine-auch-kinder-produzieren-molotow-cocktails>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Handelsblatt (2015): Erklärung von Minsk im Wortlaut. Vier Mächte sollen Friedensplan überwachen, 12.02.2015, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/erklaerung-von-minsk-im-wortlaut-vier-maechte-sollen-friedensplan-ueberwachen/11364196.html>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Mayshev, Alexej (2022): Russlands Offensive und die neue Welt, 26.02.2022, <https://bintel.org.ua/analytics/geopolitics/nastuplenie-rossii-i-novogo-mira/>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Milmo, Dan (2022): Anonymous: the hacker collective that has declared cyberwar on Russia, in: The Guardian vom 27.02.2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/feb/27/anonymous-the-hacker-collective-that-has-declared-cyberwar-on-russia>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Müller, Christian Th. (2021): Clausewitz verstehen, Schöningh: Paderborn.
- North Atlantik Treaty Organization (NATO) (2008): Bucharest Summit Declaration 3. April 2008, 08.05.2014, https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Schmid, Ulrich (2016): Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur, Suhrkamp: Frankfurt/M.
- Spannocchi, Emil/Brossolet, Guy (1977): Verteidigung ohne Schlacht, Hanser: München.
- Tucker, Patrick (2015): Ukraine's Drone Warriors (Nato Source), 10.03.2015, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/natosource/ukraine-s-drone-warriors>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- UNIAN (2008): Text of Putin's speech at NATO Summit 2008, Bukarest 2. April 2008, 18.04.2008, <https://www.unian.info/world/111033-text-of-putin-s-speech-at-nato-summit-bucharest-april-2-2008.html>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- United Nations (UN) (1994): Memorandum on security assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. Budapest, 5 December 1994, UNTS, Vol. 3007 I-52241, am 5. Dezember 1994 in Kraft getreten, <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52241.pdf>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.
- Watling, Jack/Reynolds, Nick (2022): Operation Z. The Death Throes of an Imperial Delusion (Royal Services Institute for Defence and Security Studies Special Report 22.4.2022), <https://static.rusi.org/special-report-202204-operation-z-web.pdf>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.